

GASTBEITRAG ESTELLE HERLYN

Corona bremst die Klimadebatte aus

Die Pandemie hat wichtige Ziele der Nachhaltigkeit in den Hintergrund gedrängt. Privates Engagement ist jetzt mehr gefragt denn je.

Die Corona-Pandemie hat die Welt und die Prioritäten fast aller Menschen innerhalb sehr kurzer Zeit sehr verändert. Viele Themen wie zum Beispiel Klimaschutz, die noch vor wenigen Wochen weit oben auf der Tagesordnung standen, sind aus nachvollziehbaren Gründen in den Hintergrund gerückt. Viele Menschen und viele Unternehmen kämpfen ums wirtschaftliche Überleben. Die Auseinandersetzung mit der Frage, ob die Corona-Krise mittel- und langfristig eine Chance oder ein Risiko für Nachhaltigkeit darstellt, ist komplex und vielschichtig. Aktuell sind offensichtliche positive Effekte in Bezug auf Klima- und Um-



weltschutz zu beobachten: Es wird weniger geflogen und Auto gefahren, es wird weniger konsumiert. Zahlreiche Stimmen fordern, dass die Programme zur Förderung des Wiederanlaufs der Wirtschaft so aufgelegt werden, dass sie zugleich Klima- und Umweltschutz befördern. Dies ist eine mehr als berechtigte Forderung, denn die Corona-Krise hat die Klima-Krise nicht aus der Welt geschafft, sondern lediglich verdrängt. Die Frage ist, inwiefern diese Forderung realistisch ist. Eher liegt die Prognose nahe, dass ein Thema, das schon vor der Corona-Krise kein Selbstläufer war, es in Zeiten drohender Insolvenzen erst recht schwer haben wird. Der historisch niedrige Ölpreis wird sein Übriges dazu tun und einen weltweiten Ausbau der erneuerbaren Energien massiv erschweren. Schon vor der Corona-Pandemie, die die Staaten zwingt sich massiv zu verschulden, fehlten Milliarden für staatliche Klimaschutzmaßnahmen, national und erst recht international. Schon vorher war klar, dass ohne freiwilliges nicht-staatliches Enga-



Corona hat auch die Bewegung „Fridays for Future“ ein Stück weit zurückgeworfen. Aktivisten legten kürzlich Protestplakate auf der Wiese vor dem Berliner Reichstag aus. Sie verlegen ihren Klimastreik aktuell verstärkt ins Internet. FOTO: DPA

gemeint ein Erreichen des im Pariser Klimaabkommen formulierten 2-Grad-Celsius-Ziels unmöglich ist. Auch die Agenda 2030, die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, ist seit ihrem Inkrafttreten am 1. Januar 2016 durch eine massive Unterfinanzierung gekennzeichnet. Neben Umwelt- und Klimaschutz geht es auch um den zweiten wichtigen Handlungsstrang der Nachhaltigkeit, nämlich nachholende wirtschaftliche Entwicklung und die Erfüllung der Grundbedürfnisse aller Menschen. Es ist das Anliegen, das die damalige indische Ministerpräsidentin Indira Ghandi bei der ersten weltweiten Umweltkonferenz 1972 erstmals auf die weltweite Tagesordnung brach-

te und das bis heute gemeinsam mit dem Umweltschutzgedanken eine nachhaltige Entwicklung ausmacht. Bundesentwicklungsminister Gerd Müller warnt seit Wochen davor, dass die Corona-Krise droht, Entwicklungsfortschritte der letzten Jahre zunichte zu machen und in eine weltweite Hunger-Krise zu münden, was wiederum die weltweiten Flüchtlingsströme weiter anschwellen lässt. Schlüsselsektoren wie Tourismus und Textil brechen ein. Arbeitsplätze gehen in großer Zahl verloren, ohne dass Sozialsysteme die betroffenen Menschen auffangen. Die ohnehin nur rudimentäre medizinische Versorgung verschlechtert sich weiter. Eine erfolgreiche Umsetzung der

Agenda 2030 rückt in unerreichbare Ferne. Zugleich wächst die Gewissheit, dass die Corona-Pandemie nur dann erfolgreich bewältigt werden kann, wenn dies weltweit gelingt. Die Notwendigkeit internationaler Kooperation wird einmal mehr in eindringlicher Weise deutlich. Die Realität jedoch zeigt, dass dies selbst innerhalb Europas schwierig ist. In der beschriebenen wenig hoffnungsvollen Situation stellen sogenannte „Koalitionen von Willigen“ eine große Chance dar. Eine solche Koalition ist die Allianz für Entwicklung und Klima (<https://allianz-entwicklung-klima.de/>), die das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) im Jahr 2018 ins Leben

rief. Das Ziel der Allianz ist die Förderung von nicht-staatlichem Engagement für zugleich Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 und internationalen Klimaschutz. Da Deutschland für nur zwei Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich ist, sollte ein leistungsstarkes Land wie Deutschland auch außerhalb seiner Landesgrenzen Beiträge leisten. Über 600 Organisationen und Privatpersonen sind schon heute Teil der Allianz, darunter viele große und international tätige Unternehmen, aber zum Beispiel auch der Fußballbundesligist TSG Hoffenheim. Sie alle sind schon heute klimaneutral oder streben es im Laufe der nächsten fünf Jahre an und fördern hierzu internationale

INFO

Lehre für Berufstätige und Auszubildende

Zur Person Estelle Herlyn hat Wirtschaftsmathematik an der Universität in Dortmund studiert. Sie arbeitete in großen Unternehmen und promovierte an der RWTH Aachen. Parallel zu ihrer Tätigkeit an der FOM arbeitet sie freiberuflich für das Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung.

FOM Die FOM Hochschule Düsseldorf bietet Studiengänge für Berufstätige und Auszubildende an und ist nach eigenen Angaben Deutschlands größte private Hochschule. Sie ist staatlich anerkannt.

Info Alle Artikel im Internet unter www.rp-online.de/forscher/

Klimaschutzprojekte, die gleichermaßen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern beitragen. In Zeiten leerer Staatskassen erscheint der Ansatz der Mobilisierung privater Mittel sinnvoller denn je. Es bleibt zu hoffen, dass möglichst viele der trotz Corona handlungsfähigen Akteure – Organisationen aller Art und Privatpersonen – ihre durch die Corona-Krise nochmals größer gewordene Verantwortung für das Gelingen einer nachhaltigen Entwicklung erkennen und wahrnehmen und so dazu beitragen, dass die Koalition der Willigen künftig weiter wächst. Im Ergebnis entstünde dann ein breit angelegtes Crowdfunding, das trotz wirtschaftlicher Krise die Chance auf eine nachhaltige Entwicklung erhält. Es wäre in unser aller Sinne.



Estelle Herlyn ist wissenschaftliche Leiterin des Kompetenz-Centrums für nachhaltige Entwicklung an der FOM Hochschule Düsseldorf. FOTO: PRIVAT

KOLUMNE STUDENTENLEBEN

Platzmangel im Online-Kurs

Der momentan online stattfindende Lehrbetrieb an der HHU verlangt allen Menschen, die es zuvor gewohnt waren, über einen Campus zum Hörsaal zu spazieren, vieles ab. Ein Ärgernis stellen aus Sicht der Studenten die Zulassungen dar. So wurde mir bei ganzen fünf Kursen die Zulassung verweigert. Pech gehabt. Dann fällt das Onlinesemester eben etwas schmaler aus. An den mangelnden Sitzplätzen im baufälligen Seminarraum kann es wohl dieses Mal nicht gelegen haben. Auf Anfrage wohl eher daran, dass auch Onlinekurse Kapazitäten zu berücksichtigen haben, welche nicht überschritten werden dürfen. In Zeiten von Corona umso nerviger, hätte man doch die Möglichkeiten der digitalisierten Lehre nutzen können und mehreren Studenten die Zulassung zu ihren Wunschkursen ermöglichen können. Wie kann das Zulassungsverfahren in diesem Semester standardisiert sein, wenn das Semester von solchen Umständen begleitet wird? Immerhin wurde nun vom Rektorat bekannt gegeben dass das Semester nicht als Fachsemester angerechnet wird. Eine willkommene Maßnahme, so „verliert“ man das Semester im Zweifelsfall nur zeitlich, nicht aber auf dem Papier. Ebenfalls erfreulich ist die Möglichkeit, einen zusätzlichen, vierten Versuch auf Prüfungen

zu erhalten, sofern man sich dieses Semester um eine Prüfung bemüht. Ein wahres Highlight hingegen stellen die allgemeinen Informationsmails mancher Universitätsmitarbeiter und Lehrkörper dar. Besonders herheben möchte ich Susanne Keunke von der Philosophischen Fakultät. Auf sehr humorvolle Art hält die akademische Rätin uns mit regelmäßigen und ausführlichen Mails auf dem Laufenden. Sie gibt praktische Tipps, wie man sich in der Quarantäne-Saison munter hält und teilt eigene Erfahrungen. Das Repertoire reicht von Tanz-Tipps bis zu witzigen YouTube Clips. Abgesehen vom Unterhaltungswert der Mailkorrespondenz geben Keunekes Nachrichten auch einen Einblick in die Gefühlswelt und den auf den Kopf gestellten Alltag jener Menschen, die versuchen, den Lehrbetrieb zu Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. So gibt es neben dem dringend benötigten Informationsfluss eine willkommene Abwechslung im manchmal drolligen, virtuellen Selbststudium.



Luca Schafiyha studiert Germanistik und Politikwissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. FOTO: PRIVAT

Hilfe für Studierende in Geldnot

Die Bundesregierung hat zinslose Darlehen beschlossen. Aber auch die Studierendenwerke helfen.

VON ISABELLE DE BORTOLI

KÖLN 68 Prozent der deutschen Studierenden jobben neben dem Studium, um sich mehr leisten zu können, aber auch, um sich das Studium überhaupt zu finanzieren, so die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Doch nun, nach andauernden Wochen des Lockdowns, wissen viele nicht mehr, wie es finanziell weitergehen soll: „Natürlich geht es den Studierenden durch die Corona-Krise nicht gut, ganz viele Studierende haben ihren Job verloren“, sagt Jörg J. Schmitz, Geschäftsführer Kölner Studierendenwerk. „Denkt man alleine an die vielen Jobs, die Studierende in der Gastronomie bekleidet haben. Häufig kleine, aber sehr wichtige Jobs. Die sind letztendlich alle weggefallen, waren aber ein ganz wichtiger Teil der Studienfinanzierung. Von daher haben viele Studierende eine große finanzielle Not.“ Helfen soll den Studierenden laut Bundesbildungsministerin Anja Karliczek ein zinsloses Darlehen in Höhe von bis zu 650 Euro monatlich. Dieses kann bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beantragt werden. Wie das genau gehen soll, ist noch unklar: „Wir werden mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung nun sehr rasch das konkrete Verfahren klären, wie die Hilfe der Studenten- und Studierenden-

werke für Studierende in akuten Notlagen konkret ausgestaltet werden soll“, sagt Rolf-Dieter Postlep, Präsident des Deutschen Studentenwerks. Den Studierenden, die schließlich unverschuldet in finanzielle Not geraten seien, müsse nun schnell geholfen werden.

Den Studierendenwerken in Deutschland kommt nach den Plä-



In der Gastronomie sind für Studierende in den vergangenen Wochen viele Jobs weggebrochen. FOTO: DPA

nen des Bildungsministeriums zudem noch eine besondere Rolle zu: Sie erhalten 100 Millionen Euro für ihren Nothilfefonds, als Zuschuss für Studierende in besonders akuten Notlagen. Das Kölner Studierendenwerk hatte beispielsweise schon zu Beginn der Krise einen Corona-Sonderfonds ins Leben gerufen. „Es fehlte an größeren Unterstützungsmöglichkeiten“, sagt Christian Gärtner aus der Sozialberatung des Kölner Studierendenwerks. Zu Beginn habe man ein Überbrückungsdarlehen von 250 Euro vergeben können. „Dann haben wir den Corona-Sonderfonds ins Leben gerufen, 800 Euro als relativ unbürokratisches, einmaliges, zinsloses Darlehen. Für viele war das tatsächlich eine große Erleichterung.“

Eine weitere Möglichkeit, an Geld zu kommen, ist die Daka, die Darlehenskasse der zwölf Studierendenwerke in NRW. Sie hilft schon seit 65 Jahren Studierenden in Finanznöten. Bis zu 1000 Euro im Monat können Studierende im Monat beantragen.

Übrigens: Auch das Thema BAföG sollten Studierende in der Corona-Krise nicht vernachlässigen – zumal hier, anders als bei den übrigen Darlehen, nur die Hälfte des Geldes zurückgezahlt werden muss. Ist das Einkommen der Eltern eingebrochen, sind sie von Kurzarbeit oder sogar Kündigung betroffen,

kann man einen BAföG-Aktualisierungsantrag stellen. So können BAföG-Empfänger die monatlichen Zahlungen aufstocken, da das neue, niedrigere Einkommen der Eltern zugrunde gelegt wird, und nicht mehr dasjenige des vorletzten Kalenderjahrs. „Die Chancen, mehr BAföG zu bekommen, steigen erheblich“, sagt Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks. In derselben Situation lohnt sich auch ein Neu-Antrag für all diejenigen Studenten, die bisher kein BAföG erhalten haben, weil die Eltern zu viel verdienen. Ein BAföG-Antrag böte sich auch dann an, wenn der Nebenjob komplett wegbräche, „gerade für Studierende, die bisher lieber gejobbt haben, als eine vermeintlich geringe BAföG-Förderung abzurufen.“

Übrigens gibt es dort nicht nur Hilfe bei finanziellen Fragen. Die psychologische Beratung hilft auch bei Ängsten und psychischem Stress rund um Probleme wie „Was ist mit meiner Abschlussarbeit, meinem Referendariat, meinem Auslandssemester, meinem Hochschulwechsel?“.

Info Beratung zum Thema Finanzhilfe erhalten betroffene Studenten bei den Studierendenwerken vor Ort, in diesen Zeiten natürlich auch per Video-Chat oder Telefon.